



»Die Welt ist kriegerischer geworden.«

Die westlichen Demokratien haben ihre ehemalige Vormachtstellung eingebüßt, sagt der Jurist und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Prof. Dr. Udo Di Fabio. Im Gespräch mit RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang skizziert er, vor welchen Herausforderungen eine neue Bundesregierung steht und wie Deutschland seine politische und wirtschaftliche Stabilität wiedererlangen kann.

Herr Professor Di Fabio, Krisen prägen die politische Debatte. Im Streit um den richtigen Umgang mit ihnen ist die Ampelregierung geplatzt. Neben Krisenhysterie gibt es eine Rhetorik des Gutredens und Beschwichtigens. Was halten Sie für angemessen?

Es besteht häufig eine Gleichzeitigkeit von Aufregung und Beruhigung. Bestimmte Themen können zu Erregungen führen bis hin zur Hysterie – manchmal werden aber tiefgreifende Probleme lange ignoriert oder schöngeredet. Aufgabe der Wissenschaft ist es, relevante Fragen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Letztlich müssen wir als Gesellschaft darüber entscheiden, wie wir gewichten. Die Öffentlichkeit der Demokratien hat sich allerdings in fragmentierte Räume auseinanderentwickelt, in denen Themen dann jeweils ganz unterschiedlich ausgewählt, wahrgenommen und bewertet werden. Ich sehe ein Problem darin, wenn jede Gruppe die Deutungshoheit für sich beansprucht oder manche dabei auch zu Glaubenseifer neigen.

Die geopolitischen Spannungen nehmen zu. Weltweit verschärfen sich die Konflikte. Was hat sich durch die sogenannte Zeitenwende verändert?

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des Ostblocks herrschte für einige Jahrzehnte die Auffassung, dass sich Demokratie und Marktwirtschaft in ganz Europa, ja über kurz oder lang auch weltweit durchsetzen würden. Francis Fukuyamas vielzitiertes »Ende der Geschichte« schien erreicht: Wir haben uns gedanklich in einer Welt eingerichtet, die den westlichen Werten folgt. Gerade auch die Deutschen haben darauf vertraut, dass ein wirkmächtiges Völkerrecht und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union Konflikte friedlich beilegen. Auf eine internationale Friedensordnung können wir uns seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, jedoch nicht mehr verlassen. Die geopolitische Lage tendiert mehr zur Konfrontation als zur Kooperation. Die Welt ist kriegerischer geworden.

Wie soll der Westen darauf reagieren?

Aktuell ist der Westen »under attack«. Er ist wirtschaftlich, politisch, militärisch und kulturell unter Beschuss – und damit in der Defensive. Starke Mächte wenden sich gegen eine regelbasierte internationale Ordnung, die auf die Achtung der Menschenrechte und das Gewaltverbot gründet, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den offenen Handel akzeptiert. Die liberale Art, in einer offenen Gesellschaft zu leben, hat allerdings unzweifelhaft starke Potenziale. Bislang waren die Demokratien immer stärker als die gewalttätigen Potentaten. Doch die Kräfte wollen auch aktiviert werden. Die Herausforderung besteht darin, die Stärke freiheitlicher Demokratien zu mobilisieren.

Was genau verstehen Sie darunter?

Wir stehen vor der Aufgabe, unsere Wirtschaft und unsere technologischen Fähigkeiten zu stärken, um wettbewerbsfähig zu sein. Demokratien müssen handlungsfähig bleiben, die öffentliche Infrastruktur sichern, die radikalen Ränder verkleinern mit einer neuen konzeptionellen Überzeugungskraft der Mitte. Nur wenn die Demokratie im Inneren stabil bleibt, kann sie nach außen verlässlich agieren und ihrer Verantwortung für die internationale Friedenssicherung oder auch für den Klimaschutz gerecht werden.

Wie lauten Ihre Empfehlungen an eine neue Bundesregierung?

Die Prioritäten des politischen Handelns müssen – ob wir es nun wünschen oder nicht – an die neue agonale Konstellation angepasst werden. Die internationale Lage zwingt, von außen nach innen zu denken, um unsere innere Verfasstheit zu sichern. Die Verfassung schreibt das Sozialstaatsziel und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen genauso vor wie die Pflege einer öffentlichen Infrastruktur, die die Grundlage unserer persönlichen Freiheitsentfaltung ist: von der inneren und äußeren Sicherheit über die Gesundheitsversorgung bis hin zu Mobilität oder Bildung. In einer außen- und wirtschaftspolitischen »Schönwetterlage« der vergangenen beiden Jahrzehnte war Deutschland etwas blauäugig und unvorsichtig: Wir haben die nachhal-

tige Entwicklung der Infrastruktur vernachlässigt und Aufwendungen für die Verteidigung systematisch nach unten gefahren, zugleich Kosten und Bürokratie in die Höhe getrieben. Das lähmt die Leistungskraft des Landes.

Eine strategisch ausgerichtete Politik braucht einen langen Atem. In der Demokratie mit ihren unterschiedlichen Parteien und wechselnden Regierungen ist Kontinuität nicht immer zu gewährleisten. Wie lässt sich dieses Dilemma lösen?

Gegen die Kurzfristigkeit der Politik hilft nur die Rationalität und Vernunft der Bürger in diesem Land, wenn sie diejenigen Parteien unterstützen, die sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzen und ein durchdachtes Konzept zur Sanierung des Landes vorlegen. Dabei gilt Nachhaltigkeit eben nicht nur für die Ökologie, sondern für alle Bereiche der Gesellschaft. Auch die – unter Ökonomen durchaus umstrittene – Schuldenbremse ist dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet. Wenn wir permanent über unsere Verhältnisse leben, gefährden wir die fiskalische Tragfähigkeit des Landes und damit die Handlungsfähigkeit des Staates.

Sie setzen also auf den mündigen und aufgeklärten Bürger. Ist denn Vernunft das Fundament von Politik und Gesellschaft?

Demokratie ist Mehrheitsherrschaft. Auch die Mehrheit kann manchmal unvernünftig sein, kann in die Irre gehen. Aber auf lange Sicht ist die Mehrheit in einer freien Gesellschaft klüger, als viele Experten glauben. Die Basis für das Vertrauen in die individuelle Vernunft der Vielen ist das im Grundgesetz beschriebene Menschenbild, das von Rechtsgleichheit und Anerkennung der personalen Würde eines jeden Einzelnen ausgeht. Dazu gehören Empathie und Unterstützung der Hilfsbedürftigen sowie die Entschlossenheit, einen Beitrag zu leisten, im Kleinen bis hin zur Lösung globaler Probleme.

Sollen wir eher pessimistisch oder optimistisch in die Zukunft blicken?

Der Citoyen ist optimistisch, weil er die Freiheit beansprucht, die Welt zu gestalten. Optimismus ist Bürgerpflicht!